

Newsletter - Dr. Johann Wadepuhl MdB



Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag den Bundeshaushalt für das Jahr 2021 beraten, der natürlich vom Kampf gegen die Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt ist. Klar ist, dass es trotz der notwendigen Neuverschuldung keine Steuererhöhungen und damit zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft geben wird. Unser Ziel ist, bis 2024 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und so eine generationengerechte Haushaltspolitik zu gestalten.

Ich habe mich sehr gefreut, mit dem albanischen Außenminister über die Perspektiven eines EU-Beitritts seines Landes zu sprechen. Über die aktuellen Entwicklungen auf dem westlichen Balkan habe ich mich zudem mit Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion und unseres Koalitionspartners von der SPD im Rahmen einer Videokonferenz der Arbeitsgruppe Westlicher Balkan ausgetauscht.

Mit Sorge blicke ich in dieser Woche in die USA. Präsident Donald Trump wurde positiv auf das Corona-Virus getestet und befindet sich derzeit in Quarantäne. Trotz aller Differenzen ist Donald Trump Präsident unseres wichtigsten Verbündeten in der Welt. Für mich gilt: Vor einer Krankheit sind alle Menschen gleich und ich wünsche dem US-Präsidenten darum eine schnelle und vollständige Genesung. Meine Einschätzung zu den Auswirkungen der Quarantäne Trumps auf den US-Präsidentschaftswahlkampf und die aktuelle US-Außenpolitik habe ich in einem Pressegespräch dargelegt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Haushaltswoche im Deutschen Bundestag



In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2021 begonnen. Ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages erhält die Bundesregierung keinen Cent aus der Staatskasse. Wie viel Geld der Bund ausgibt und wofür, wird im zur Zeit laufenden Haushaltsverfahren beraten. Des Weiteren kontrolliert der Bundestag fortlaufend die Haushaltsführung der Bundesregierung und die Finanzhilfen im Rahmen der Eurostabilisierung. Die aktuellen Beratungen stehen unter dem Eindruck der Folgen der Corona-Pandemie. Ich bin Bundeskanzlerin Merkel sehr dankbar, dass sie in Ihrer Rede noch einmal die Bedeutung der Einhaltung der notwendigen Regeln und der in Kraft gesetzten Einschränkungen hingewiesen hat. Denn weiterhin gilt: Das Virus ist mit allen negativen Auswirkungen da und es bleibt gefährlich.

Um die Corona-Folgen zu bewältigen, nimmt der Bund viel zusätzliches Geld in die Hand. An neuen Schulden führt in der aktuellen Situation leider kein Weg vorbei. Der Bundeshaushalt 2021 hat ein Gesamtvolumen von 413,4 Milliarden Euro – 43 Milliarden Euro mehr als ursprünglich veranschlagt. Mit 96 Milliarden Euro wird sich der Bund in diesem Jahr verschulden. Doch das Geld ist gut angelegt: Zu den Schwerpunkten des Haushaltsentwurfs gehört die weitere Umsetzung des Konjunktur- und Zukunftspakets. Davon profitieren zum Beispiel die Krankenhäuser (3 Milliarden Euro für den Krankenhaus-Zukunftsfonds), der Kita-Ausbau (weitere 500 Millionen Euro) oder Zukunftsfelder wie Künstliche Intelligenz (400 Millionen Euro). Durch solche zukunftssträchtigen Investitionen wird sichergestellt, dass der Staat die richtigen Rahmenbedingungen schafft, damit Deutschland aus der Krise hinauswachsen kann.

Welche Auswirkungen hat Trumps Quarantäne auf den US-Wahlkampf mit Joe Biden und die US-Außenpolitik?



Die Corona-Infektion des US-Präsidenten ist eine beunruhigende Nachricht. Für mich ist klar: Wenn ein Mensch erkrankt, ist es selbstverständlich, ihm eine schnelle und vollständige Genesung zu wünschen. Der Respekt angesichts von mehr als einer Million Corona-Toten verbietet jede Häme. Die Vereinigten Staaten sind unser wichtigster Verbündeter und Donald Trump ist der gewählte Regierungschef und Staatsoberhaupt. Wenn der US-Präsident erkrankt, ist das aller politischen Differenzen zum Trotz, eine bedrückende und besorgniserregende Nachricht. Dennoch habe ich vollstes Vertrauen, dass das demokratische Regierungssystem der Vereinigten Staaten weiter voll handlungsfähig ist. Es gibt klare Regelungen für den Fall einer schweren Erkrankung bzw. vorübergehender Handlungsunfähigkeit der Regierungsspitze. Für den weiteren Präsidentschaftswahlkampf hoffe ich, dass nach den schrillen Tönen der vergangenen Wochen, wieder mehr Sachlichkeit in die politische Debatte gelangt. Denn die Art und Weise wie dieser Wahlkampf geführt wird, hat auch Einfluss auf uns. Die Vereinigten Staaten sind für uns sowohl engster Partner als auch Vorbild. Von einer Unterbrechung des Wahlkampfs gehe ich aktuell jedoch nicht aus. Ich wünsche Donald Trump und seiner Frau eine schnelle und vollständige Genesung.

Austausch mit dem Inspekteur der Luftwaffe Generalleutnant Gerhartz



Mit dem Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz konnte ich mich am Montag zur aktuellen Entwicklungen in der Luftwaffe, zu Beschaffungsvorhaben und zur internationalen Zusammenarbeit austauschen.

Austausch mit dem albanischen Außenminister Gent Cakaj zur EU-Beitrittsperspektive



Die Perspektiven eines EU-Beitritts von Albanien war Gegenstand meines Gesprächs, das ich in dieser Woche mit dem albanischen Außenminister Gent Cakaj geführt habe. Im Rahmen des Gesprächs konnte ich ihm die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Frage darlegen.

Wir unterstützen Albanien bei seinen Bemühungen EU-Mitglied zu werden. In einem ersten Schritt muss es allerdings möglichst bald noch einige Vorbedingungen erfüllen, ehe eine erste Regierungskonferenz stattfinden kann. Es hat Fortschritte gegeben, aber es bleibt noch vieles umzusetzen. Das gilt für die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichts, für die Wahlrechtsreform und für eine erfolgreichere Bekämpfung der Korruption oder für die Korrektur des Mediengesetzes.

Online-Konferenz zu den aktuellen Entwicklungen auf dem Westlichen Balkan



Ich habe mich sehr über den gemeinsamen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen beider Koalitionspartner zu den Entwicklungen auf dem westlichem Balkan gefreut. Einen guten Einblick dazu haben uns die Außenstellenleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in diesen Ländern sowie das Auswärtige Amt gegeben. Diese Besprechung diente der Vorbereitung auf eine EU-Entscheidung im Dezember, ob mit Albanien bzw. Nordmazedonien Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden müssen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in ein erholsames Wochenende

Herzlichst

Ihr

Johann David Wadephul



Berliner Büro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73367
Fax: +49 30 227-76384
E-Mail: info@johann-wadephul.de

Wahlkreisbüro

Paradeplatz 10
24768 Rendsburg
Telefon: +49 4331-14 16 16
Fax: +49 4331-14 16 20
E-Mail:
johann.wadephul.wk@bundestag.de

Diese E-Mail wurde an {{ contact.EMAIL }} versandt.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich auf Dr. Johann Wadephul, MdB
angemeldet haben.

[Abmelden](#)



© 2020 Dr. Johann Wadephul, MdB